

Wie man einen Kulturkampf inszeniert

Und was ist die Botschaft des Papstes?

Michel Pauly

Irgendwie erinnert die neue Dreiparteienregierung an den Linksblock, der von 1908 bis 1915 unter Staatsminister Paul Eyschen das Großherzogtum regierte. In Sachen Wirtschaftspolitik konnten die Gegensätze zwischen den liberalen Notabeln, die die Interessen der Arbeitgeber vertraten, und den Sozialisten kaum größer sein, aber im Kampf gegen die Kirche und die katholischen Abgeordneten (eine Rechtspartei oder gar CSV existierte noch nicht) war man sich einig, und man hielt die Koalition zusammen, bis durch die kriegsbedingte Nahrungsmittelknappheit und Preissteigerungen die sozialen Spannungen so groß geworden waren, dass nach dem Tod Eyschens die gleiche Regierungsbildung nicht mehr möglich war.

In der jüngst vereidigten Regierung haben sich in Sachen Wirtschafts- und Sozialpolitik ganz eindeutig die DP und die liberalen Flügel in der LSAP und bei den Grünen durchgesetzt. Dass der dort zum Ausdruck kommende Wirtschaftsliberalismus und Wachstumsfetischismus (vgl. Beitrag von Raymond Klein ab S. 4 in diesem Heft) in den beiden letztgenannten Parteien nicht bei allen Parteimitgliedern auf ungeteilte Zustimmung stoßen würde, war abzusehen. Diese erwarteten eher regulierende Eingriffe in die Wirtschaft zugunsten von sozialer Gerechtigkeit bzw. von Umwelt und Klima. Um diese der geplanten Mehrparteien-Koalition gegenüber eher kritisch eingestellten Teile der Parteibasis für die Regierungsbeteiligung zu gewinnen, wurde auf das schon vor hundert Jahren bewährte Mittel des Antiklerikalismus zurückgegriffen: Nicht zufällig wurde das Informationsembargo über die Koalitionsverhandlungen mit der Nachricht durchbrochen, dass die neue Regierung beabsichtige, den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen abzuschaf-

fen und die Konventionen des Staates mit den Religionsgemeinschaften zu kündigen und neu zu verhandeln.

Genau auf diese gezielte Indiskretion ist dann die Leitung der katholischen Kirche hereingefallen und hat sofort Zeter und Mordio geschrien, weil die drei Parteien eine Politik ankündigen, ohne zuvor mit ihr gesprochen, geschweige denn verhandelt zu haben. Die Kirche tat also kund, dass sie ohne Einschränkung an ihren Privilegien festhalten wolle, ja, erhob implizit den Anspruch, schon bei den Koalitionsgesprächen nach ihrer Meinung gefragt zu werden. Dieselbe Kritik hatte sie nicht geäußert, als im Wahlkampf auch die CSV die Abschaffung des Religionsunterrichts in den Sekundarschulen ankündigte. Damit bewies die katholische Kirche erneut ihre parteipolitische Voreingenommenheit und lieferte genau die Argumente, um skeptische Parteimitglieder der Grünen und der LSAP zugunsten der antiklerikalen Koalition zu gewinnen.

Hätten Erzbischof und Generalvikar zuvor das neueste Lehrschreiben von Papst Franziskus *Evangeliū Gaudium* gelesen, hätten sie der neuen Regierung wohl eher folgende Sätze entgegenschleudern müssen: „[§ 53] [...] *Diese Wirtschaft tötet. Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte in der Börse Schlagzeilen macht. Das ist Ausschließung. Es ist nicht mehr zu tolerieren, dass Nahrungsmittel weggeworfen werden, während es Menschen gibt, die Hunger leiden. Das ist soziale Ungleichheit. Heute spielt sich alles nach den Kriterien der Konkurrenzfähigkeit und nach dem Gesetz des Stärkeren ab, wo der Mächtigere den Schwächeren zunichtemacht. Als Folge dieser Si-*

Die Kirche tat also kund, dass sie ohne Einschränkung an ihren Privilegien festhalten wolle, ja, erhob implizit den Anspruch, schon bei den Koalitionsgesprächen nach ihrer Meinung gefragt zu werden.



Eingang zur Ausstellung „Glaubenssache“ in Lenzburg (© Donovan Wyrtsch)

tuation sehen sich große Massen der Bevölkerung ausgeschlossen und an den Rand gedrängt: ohne Arbeit, ohne Aussichten, ohne Ausweg. [...] [§ 54] In diesem Zusammenhang verteidigen einige noch die ‚Überlauf-Theorien, die davon ausgehen, dass jedes vom freien Markt begünstigte Wirtschaftswachstum von sich aus eine größere Gleichheit und soziale Einbindung in der Welt hervorzurufen vermag. Diese Ansicht, die nie von den Fakten bestätigt wurde, drückt ein undifferenziertes, naives Vertrauen auf die Güte derer aus, die die wirtschaftliche Macht in Händen halten, wie auch auf die vergötterten Mechanismen des herrschenden Wirtschaftssystems. Inzwischen warten die Ausgeschlossenen weiter. [...] [§ 56] Während die Einkommen einiger weniger exponentiell steigen, sind die der Mehrheit immer weiter entfernt vom Wohlstand dieser glücklichen Minderheit. Dieses Ungleichgewicht geht auf Ideologien zurück, die die absolute Autonomie der Märkte und die Finanzspekulation verteidigen. Darum bestreiten sie das Kontrollrecht der Staaten, die beauftragt sind, über den Schutz des Gemeinwohls zu wachen. [...] In diesem System, das dazu neigt, alles aufzusaugen, um den Nutzen zu steigern, ist alles Schwache wie die Umwelt wehrlos gegenüber den Interessen des vergötterten Marktes, die zur absoluten Regel werden.“

Und selbst hätten sich die Kirchenoberen folgende Sätze des Papstes zu Herzen nehmen sollen: „[§ 33] Die Seelsorge unter missionarischem Gesichtspunkt verlangt, das bequeme pastorale Kriterium des ‚Es wurde immer so gemacht‘ aufzugeben. Ich lade alle ein, wagemutig und kreativ zu sein in dieser Aufgabe, die Ziele, die Strukturen, den Stil und die Evangelisierungsmethoden der eigenen Gemeinden zu überdenken. Eine Bestimmung der Ziele ohne eine angemessene gemeinschaftliche Suche nach den Mitteln, um sie zu

erreichen, ist dazu verurteilt, sich als bloße Fantasie zu erweisen.“

Dem Papst aus Argentinien scheint der Protest gegen wirtschaftliche und soziale Diskriminierung sowie ökologische Belastung der kommenden Generationen wichtiger als die Verteidigung vorteilhafter Traditionen. Für die Luxemburger Kirchenhierarchie scheint hingegen die seit 40 Jahren von *forum* geforderte Infragestellung, ob sie aus Gründen der Glaubwürdigkeit nicht besser daran täte, sich aus der staatlichen Abhängigkeit heraus zu bewegen¹ und auf Steuergelder zu verzichten, die immer stärker die Armen statt die Reichen belasten, immer noch zu „wagemutig“. *forum* wird sowohl die neue liberale Regierung als auch die konservative Kirchenführung kritisch begleiten. ♦

P.S.: Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Angesichts der hasserfüllten Intoleranz und offensichtlichen Unkenntnis religiöser Sachverhalte gewisser antiklerikaler Proselyten gegenüber gläubigen Menschen jedweder Religion werde ich mich mit den Opfern auch dieser Intoleranz solidarisieren. In diesem Sinne begrüße ich ausdrücklich den Beitrag von Anina Valle Thiele in *worxx* Nr. 1246/1247 vom 20.12.2013 und gehe bis zum Beweis des Gegenteils davon aus, dass die ‚Pafefresserei‘ einer Minderheit nicht die Religionspolitik der Regierung diktieren wird. (mp)

1 Siehe u.a. „Fir eng aarm Kiirch an enger räicher Gesellschaft“, hrsg. v. der Gesellschaftspolitischen Arbeitsgruppe in der Jugendpor Lëtzebuerg, Luxemburg [1972].